



Beratungsgegenstand:

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen "Atommüllendlager - Uelzen muss sich aktiv einbringen"

Sachbearbeitende Dienststelle:

Amt für Bauordnung und Kreisplanung

Datum

02.06.2021

Beratungsfolge (Zuständigkeit)

Ausschuss für Planung, Hoch- u. Straßenbau (Vorberatung)

Sitzungstermin

16.06.2021

Status

Ö

Kreisausschuss (Vorberatung)

22.06.2021

N

Kreistag des Landkreises Uelzen (Entscheidung)

20.07.2021

Ö

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 08.11.2020 hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass sich der Landkreis Uelzen bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in den Fachkonferenzen der Teilregionen einbringt, die Gremien über die Sachstände unterrichtet und über die Planung der Hinzuziehung von externen Fachkompetenzen und deren Fragestellung berichtet.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 11.11.2020 beschlossen, den Antrag zur Vorbereitung an den Ausschuss für Planung, Hochbau- und Straßenbau zu verweisen (siehe Vorlage 2020/207).

Am 17.-18.10.2020 fand die Auftaktveranstaltung der Fachkonferenz Teilgebiete und am 05.-07.02.2021 fand der erste Beratungstermin der Fachkonferenz Teilgebiete statt. Der zweite Beratungstermin wurde am 10.-12.06.2021 durchgeführt. Alle Konferenzen wurden digital durchgeführt. An den Videokonferenzen nahmen über 800 Personen teil. Die Auftaktveranstaltung und die Beratungstermine wurden durch Mitarbeiter des Amtes für Bauordnung und Kreisplanung begleitet. Inhalt der Fachkonferenzen waren u.a. die innere Organisation der Fachkonferenz Teilgebiete, die geologischen Grundlagen für die Standortsuche und die Kriterien des Standortauswahlgesetzes. Dieses wurde teilweise in verschiedenen Arbeitsgruppen bearbeitet. Die in dem Zwischenbericht benannten Teilgebiete wurden in den Fachkonferenzen nicht im Einzelnen betrachtet und diskutiert. Der dritte Beratungstermin ist für den 05.-08.08.2021 geplant.

Im Haushaltsplan 2021 wurden für Infrastrukturmaßnahmen wie z.B. die Beauftragung von

externer Begutachtung für die Standortsuche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle 50.000 € veranschlagt. Haushaltsmittel wurden im Haushaltsjahr 2021 noch nicht in Anspruch genommen. Auch für das Haushaltsjahr 2022 sollen wieder entsprechende Haushaltsmittel veranschlagt werden.

Darüber hinaus wurde beim Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (MU) ein Antrag zur Unterstützung des Landkreises Uelzen im Standortauswahlprozess gestellt. Das MU hat mit Schreiben vom 26.02.2021 mitgeteilt, dass entsprechende Mittel u.a. für die Finanzierung von Gutachten verwendet werden können. Mit dem Land muss dann ein Vertrag über die Bewilligung einer Landeszuwendung zur Verwendung für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter im Rahmen des Standortauswahlprozesses für ein atomares Endlager getroffen werden. Das MU hat am 19.04.2021 mitgeteilt, dass für den Landkreis Uelzen eine maximale Zuwendung in Höhe von 17.600 € zur Verfügung steht. Es wurde vom MU angeregt, sich mit anderen Gebietskörperschaften zusammenzuschließen. Eine Detailabsprache bezüglich des Zuwendungsvertrages steht vom MU noch aus.

Für weitere Einzelheiten zum Verfahrensablauf sei auf die Begleitunterlagen der thematisch zugehörigen Vorlage 2021/113 verwiesen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist als Anlage 1 der Vorlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

entfällt

Anlagen:

Anlage 1: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.11.2020

An den
Landkreis Uelzen
Dr Heiko Blume
Veerßer Straße 53
29525 Uelzen

Uelzen, den 8. November 2020

Markus Jordan
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/ Die Grünen
An den Teichen 6
29559 Wrestedt
markus.jordan@gruene-uelzen.de
Tel.: 05825-831222
Mobil: 0160-8450063

Antrag im Kreistag: Atommüllendlager – Uelzen muss sich aktiv im einbringen

Sehr geehrter Herr Dr. Graf,
sehr geehrter Herr Dr. Blume,
sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsabgeordnete!

Am 28. September 2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung einen ersten Zwischenbericht über möglich Standorte für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle vorgelegt. In der öffentlichen Berichterstattung hat die Entscheidung, dass Gorleben als Standort raugenommen wurde, einen breiten Raum eingenommen. Dass in unserer Region aber Teilgebiete näher untersucht werden sollen, hat in der Öffentlichkeit bzw. in den Gremien des Landkreises bisher nur eine geringe bzw. keine Beachtung gefunden. Dies sind die Teilgebiete Wettenbostel/Ebstorf (Steinsalz), Niendorf II/ Wieren/ Bodenteich (Steinsalz) und Rosche/Thondorf (ebenfalls Steinsalz). Das Verfahren zur Endlagersuche setzt auf wissenschaftliche Begleitung und Partizipation. Zu den Teilgebieten sollen Fachkonferenzen eingerichtet werden.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgenden Antrag an den Kreistag:

1. Der Landkreis informiert in den Gremien (Umweltausschuss, Kreistag) unverzüglich über das im Endlagersuchgesetz festgelegte Verfahren.
2. Der Landkreis berichtet über die im ersten Zwischenbericht aufgelisteten Teilgebiete in unserer Region.
3. Der Landkreis stellt dar, wie er sich in die Fachkonferenzen der Teilregionen einbringen und wie er dies vorbereiten wird.
4. Der Landkreis berichtet, ob es Planungen zur Hinzuziehung von externer Fachkompetenz gibt und welche Fragestellungen für eine solche Beauftragung in Frage kämen.

Markus Jordan